

Schweiz

«Warum erschwert man Eingliederung mit so dummen Regelungen?»

Experte für psychische Gesundheit Erkrankungen wie Angststörungen und Depressionen sind weitverbreitet, doch fehlt es den Betroffenen an einer schlagkräftigen Lobby. Das habe drastische Folgen, sagt Roger Staub.

Markus Brotschi

Herr Staub, gibt es noch Situationen, in denen psychisch Kranke heute offensichtlich benachteiligt werden?

Ja, das illustriert ein einfaches Beispiel: Ein Rollstuhlfahrer würde von einer IV-Stelle nie in den dritten Stock eines Gebäudes vorgeladen, wenn es dort keinen Lift gibt. Aber Menschen mit belegter Angststörung werden von der Invalidenversicherung in grosse Gebäude mit vielen Menschen inmitten einer Stadt zur Rentenüberprüfung vorgeladen. Menschen, die wegen ihrer Angststörung nicht unter die Leute gehen können, werden unter Androhung des Rentenentzugs einbestellt. Das zeigt, dass es an Verständnis und Wohlwollen für diese Menschen fehlt. Und es fehlt das Grundwissen über psychische Erkrankungen – in der Gesellschaft sowie bei Behörden wie etwa der IV.

Hat in den letzten Jahren nicht eine Enttabuisierung psychischer Krankheiten stattgefunden?

Bis vor 50 Jahren wurden Menschen mit einer psychischen Erkrankung, die auffielen und störten, in der Psychiatrie versorgt. In diesen grossen Anstalten meist etwas ausserhalb der Städte waren diese Menschen aus den Augen und aus dem Sinn. Da hat sich vieles verbessert. Aber nach wie vor wird zu wenig über psychische Erkrankungen geredet. Und weil nicht darüber gesprochen wird, überleben Vorurteile und Mythen.

Welche?

Eine psychische Erkrankung unterscheidet sich wesentlich von einer körperlichen Krankheit. Man sieht sie nicht. Und eine psychische Krankheit verändert das Denken, Fühlen und Handeln des Menschen, also dessen Wesen. Deshalb braucht es dringend mehr Aufklärung. In der Gesellschaft gibt es zwei Vorurteile: Man kann nichts gegen eine psychische Erkrankung machen, und man muss sich einfach etwas anstrengen, um sie zu überwinden. Bestärkt wurden diese Vorurteile durch die Kampagne der SVP gegen Scheininvaliden, die vor allem zulasten der psychisch Kranken ging.

Fast 50 Prozent der Neurenten bei der IV werden wegen psychischer Leiden gewährt, zeigt das nicht eine gestiegene Akzeptanz?

Die IV-Stellen geben sich grosse Mühe, möglichst viele Rentengesuche von Menschen mit psychischen Belastungen abzulehnen. Sie werden in die Sozialhilfe abgeschoben. Würden alle Gesuche ernsthaft geprüft und würde nicht immer im Zweifelsfall ablehnend entschieden, dann wäre der Anteil noch grösser. Denn das psychische Leiden in der Gesellschaft ist gross.

Die IV soll ja nicht primär Renten zahlen, sondern eingliedern.



Roger Staub leitete bis im August die Stiftung Pro Mente Sana. Foto: Boris Müller

Pionier der Aids-Prävention

Roger Staub (65) war von 2017 bis August 2022 Geschäftsleiter der Stiftung Pro Mente Sana, die die Interessen von psychisch beeinträchtigten Menschen vertritt. Staub schuf sich einen Namen als Mitbegründer der Aids-Hilfe Schweiz. Ab 1986 war er verantwortlich für die Stop-Aids-Kampagnen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG); er gilt als Pionier der Präventionskampagnen. Von 2003 bis 2016 leitete Staub die Sektion Aids im BAG, von 2009 bis 2015 war er zudem stellvertretender Leiter der Abteilung Übertragbare Krankheiten im BAG. (br)

Das Wiedereingliederungsziel der IV unterstützen wir zu hundert Prozent. Aber es wird zu wenig auf Menschen mit psychischen Belastungen eingegangen. Die Arbeitsversuche, mit denen die Fähigkeiten für eine Erwerbsarbeit erprobt werden, sind strikt auf sechs Monate begrenzt. Zur Eingliederung bei einer psychischen Erkrankung ist das eindeutig zu kurz. Meistens verlaufen die Arbeitsversuche in den ersten drei bis vier Monaten gut – und dann brechen die Betroffenen ein, weil gegen Ende des Versuchs die soziale Sicherheit wegfällt. Warum erschwert man die Eingliederung mit solch dummen Regelungen,

die nicht zu psychischen Erkrankungen passen?

Haben Menschen mit körperlichen Einschränkungen die bessere politische Lobby?

Das ist eindeutig so und hat auch mit den unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der Behindertenverbände zu tun. Dazu auch ein Beispiel: Es gibt drei Blindenverbände, welche die Interessen von Menschen mit einer Sehbehinderung vertreten. Ich war an einer Sitzung, an der einer der drei Blindenverbände dem Bundesamt für Sozialversicherungen offen drohte, bei einer Kürzung der Subventionen vor Bundesgericht zu gehen. Das

zeigte Wirkung. Wir könnten aufgrund unserer finanziellen Situation nie glaubhaft mit dem Gang ans Bundesgericht drohen.

Wieso hat Pro Mente Sana weniger Geld als ein einzelner Blindenverband?

Seit 1998 werden die Subventionen an Behindertenorganisationen nach dem gleichen Schlüssel verteilt. Damit wird Struktur erhalten betrieben. Es gab bei der damaligen Festlegung drei Blindenverbände, wegen der Besitzstandswahrung gibt es immer noch drei. Und wir bekommen immer noch gleich wenig Geld wie damals. Dass die Zahl der von psychischer Erkrankung Betroffenen seit damals gestiegen ist, interessiert nicht. Dazu kommt leider die gesellschaftliche Haltung gegenüber psychischen Erkrankungen. Der Privatmensch, der für psychisch erkrankte Menschen spendet, ist selten. Leider spielt auch hier das Motto: Ich spinne doch nicht und spende für jene, die spinnen.

Das Ziel der Weiterentwicklung der IV war die bessere Integration der Menschen mit psychischen Erkrankungen. Wird diese auf Anfang 2022 eingeführte Reform die Situation verbessern?

In der Verordnung zur Weiterentwicklung der IV ist von dieser Absicht kaum etwas zu spüren. Dass es auf Bundesebene an Unterstützung fehlt, hat aber auch mit dem Föderalismus zu tun. Bundesrat Alain Berset betont immer, die psychische Gesundheit sei Sache der Kantone. Aber diese werden nicht in Prävention und Früherkennung investieren, wenn der Bund keine konkreten Vorgaben macht. Zurzeit fallen viele junge Menschen aus dem Erwerbsprozess, aus der Schule, der Lehre, weil ihre psychischen Probleme nicht rechtzeitig erkannt werden. Diese Leute fehlen dann der Wirtschaft. Wir verstärken den Fachkräftemangel, wenn wir psychische Krankheiten nicht ernst nehmen.

Seit kurzem zahlt die Krankenkasse auch nicht ärztliche Psychotherapie. Genügen die Therapieangebote?

In den grossen Zentren hat es genügend Psychiaterinnen und Psychiater sowie Psychologen und Psychologinnen, in ländlichen Regionen viel zu wenige. Vor allem aber ist die Versorgung für Kinder und Jugendliche miserabel. Schon vor Corona war in diesem Bereich die Unterversorgung bekannt. Mit der Pandemie ist es noch viel schlimmer geworden. Vorher betrug die Wartezeit für Kinder und Jugendliche einige Wochen bis ein paar Monate. Heute reden wir von Monaten bis über ein Jahr. Das ist skandalös in einem Land, das immer behauptet, es habe die beste Gesundheitsversorgung der Welt. Wir haben eine hervorragende Akutmedizin, bei chronischen psychischen Erkrankungen ist das System völlig überfordert.

Bund und Polizei informieren über Cybersicherheit

Kampagne Der Bund sowie die Kantons- und Stadtpolizeien haben gestern eine nationale Sensibilisierungskampagne zum Thema Cybersicherheit lanciert: Cyberkriminelle versprechen grosse Gewinne oder gäben vor, dass der Computer gehackt worden sei, schreibt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD). Eine scheinbar harmlose Aktion wie der Klick auf einen Link oder das Öffnen eines Anhangs könne dann zu einem existenzbedrohenden Schaden führen.

Derweil können laut EFD betrügerische E-Mails und Messenger-Nachrichten mit der nötigen Aufmerksamkeit schnell erkannt werden. Die Kampagne steht mit einer Webseite, Plakaten und Social-Media-Beiträgen, die bis zum 16. Oktober dauert, soll dabei helfen. Hinter der Kampagne stehen das Nationale Zentrum für Cybersicherheit und die Schweizerische Kriminalprävention gemeinsam mit den Polizeikörpern. (sda)

Mehr Lohn für Bankangestellte gefordert

Inflation Der Schweizer Bankpersonalverband hat für 2023 ein Prozent mehr Reallohn für alle Bankangestellten gefordert. Zudem verlangt er einen Teuerungsausgleich von 3,5 Prozent. Letzteres begründete der Verband gestern mit der steigenden Inflation, den angekündigten Prämienhöhungen von Krankenkassen und möglichen steigenden Heizkosten.

Die steigenden Preise würden bereits jetzt, vor dem geforderten Teuerungsausgleich, anfallen. Daher verlangt der Verband eine Reallohnsteigerung um ein Prozent oder monatlich 150 Franken. Die Gewinnausschüttungen und die Boni-Politik in vielen Banken würden zeigen, dass dies möglich und verkraftbar sei. Der Arbeitsmarkt für Bankpersonal sei in einigen Bereichen ausgetrocknet. Zudem habe die Branche einen «enormen Imageverlust erlitten», begründete der Verband die Forderung weiter. (sda)

Tankstellen leiden wegen Rabatten

Benzinpreise Die Schweiz galt in Europa bis anhin als Land mit günstigen Benzinpreisen. Nun hat das Tanken in der Schweiz aber an Attraktivität verloren. Die Absätze gingen im Juli verglichen mit dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre um 15 Prozent zurück, wie die Pflichtlagerorganisation der Mineralölwirtschaft Carburia vor wenigen Tagen meldete.

Das Problem sind laut der ehemaligen Erdölvereinigung Avenenergy Suisse in Nachbarländern gewährte Tankrabatte. «Dies spüren insbesondere die Tankstellen in Grenznähe, wo Stationen einzeln Umsatzeinbussen von bis zu 60 Prozent hinnehmen müssten», wird Geschäftsführer Roland Bilang in einer Mitteilung zitiert. Der Tanktourismus führe zu Schliessungen von Schweizer Tankstellen, warnt Avenenergy.

Während die Tankrabatte in Deutschland Anfang Monat aufgehoben wurden, werden die Preise in Frankreich und Italien weiter künstlich tief gehalten. (sda)